

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.20
monatl. 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nach-
barortsverkehr vierteljährlich M. 1.20
ausserhalb desselben M. 1.30.
hievu Bestellgeld 30 Pfg.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verkundigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.

Beitung für Politik,
Unterhaltung und Anzeigen.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die klein-
spaltige Garnondzelle.
Reklamen 15 Pfg. die
Peitzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 8

Wildbad, Mittwoch den 11. Januar

1905

Drei Partei-Landesversammlungen

haben in den letzten Tagen in Württemberg stattgefunden: Die demokratische und die deutschparteiliche in der württembergischen Hauptstadt Stuttgart, die zentrumliche in der herrlichen „Hauptstadt“ Ravensburg. Die Landesversammlungen der Volkspartei beanspruchen von jeher das größere Interesse. Auch die heutige demokratische Veranstaltung ragt hervor. Und es ist alljährlich ein besonderer Genuss, die steigende Lebensfrische der von lieben Gegnern nun seit Jahren schon totgesagten Volkspartei konstatieren zu können. Diese zunehmende Lebensfrische der Partei hat ihren Grund nicht zuletzt in der starken Beteiligung der „jüngeren Generation“ an der demokratischen Arbeit. Die Landesversammlungen zeugen von Jahr zu Jahr immer lauter von dem starken Nachwuchs der Partei. Daneben demonstriert die Zusammenkunft unserer Landesversammlungen, daß die Volkspartei alle Schichten der Bevölkerung umfaßt, so daß selbst die gegnerische Heilbronner „Redar-Zeitung“ schreiben muß: „Noch hat die Heerschar, welche die schwäbische Demokratie alljährlich am Erntedankfest abhält, nichts von ihrer Anziehung- und Werbekraft auf weite Volkskreise eingebüßt, und noch ist das Interesse lebendig, das dieser politischen Veranstaltung auch von den Gegnern der Volkspartei entgegengebracht wird. Unter den überaus zahlreichen Teilnehmern der Landesversammlung tauchen auch noch immer einzelne markante Köpfe auf, welche zur alten Garde innerhalb der Demokratie gehören. Besonders stark ist der Handwerkerstand vertreten, aber auch in der bauerlichen Bevölkerung hat es die Bewegung, welche landwirtschaftliche Landesinteressen in den Vordergrund ihrer Politik gestellt und sich mit starken Wellen über das Land ergossen hat, (der „Bund“), nicht vermocht, die demokratischen Traditionen des schwäbischen Bauernstandes hinwegzuwischen.“

Wir wollen ergänzend hinzufügen, daß neben dem gewerblichen und bauerlichen Mittelstand auch der Arbeiterstand vertreten zu sein pflegt — wie uns schien, heuer noch stärker als in den Vorjahren. Der fortgesetzte Degenfabrikant in der Sozialdemokratie hat viele abgetrieben; und die mandmal tolle Art, wie die „Tagwacht“ und die sozialdemokratischen Agitatoren über das insulende Ansehen der Sozialdemokratie durch rüde Antempfehlungen der Demokratie und der demokratischen Führer hinwegzutäuschen suchen, wirkt den sozialdemokratischen Hoffnungen direkt entgegen. Davon konnte sich der Vertreter der „Tagwacht“ überzeugen, der im Wiederhallerfaal mancher bitteren Wahrheit schluden mußte. Die Besprechungen der sozialdemokratischen Taktik und ihre lebhafteste Aufnahme durch die große Versammlung bedeuteten eine scharfe und wohlverdiente Zurückweisung der sozialdemokratischen Verjude, durch allerlei Einschüchterungen Mißtrauen innerhalb der Volkspartei zu säen. Und die eindrucksvolle, von stürmischem und anhaltendem Beifall der ganzen Versammlung begleitete, ausdrückliche an die Adresse des Tagwacht-Berichterstatters gerichtete Feststellung, daß sich nicht ein Angehöriger der Volkspartei vorfinde, der nicht rasche, völlige Abschaffung der Ersten Kammer wünsche, war eine wohlverdiente Brandmarkung der Kampfesweise der „Tagwacht“. Im Uebrigen wird das ehrliche Bedauern darüber, daß es zur Zeit nicht möglich ist, mit der Sozialdemokratie gemeinsam gegen die Reaktion vorzugehen, den Eindruck auf die ehrlichen Elemente in der Sozialdemokratie hoffentlich nicht ganz verfehlen. Die Volkspartei hat keine Freude am fortgesetzten Zwist mit der Sozialdemokratie. Aber so lange diese einen giftigen „Pesthauch“ atmet, „mehr Haß, mehr Leidenschaft und mehr Galle“ predigt und weder unter sich, noch mit Andern in den „landesüblichen Formen“ verkehrt, ist ein Zusammenarbeiten natürlich bis zur Unmöglichkeit erschwert.

Erfreulicheres war darüber zu konstatieren, was sich im Uebrigen in den Beziehungen unter den sonstigen Parteien der Linken entwickelt hat. Die Einigung des deutschen Liberalismus, wenigstens von Fall zu Fall, hat in der Praxis Fortschritte gemacht und von der Haltung der Nationalliberalen wird es wesentlich abhängen, inwieweit ein Zusammengehen auch mit ihnen möglich sein wird. Wenn ihr Anschlußbedürfnis nach links kräftig

und andauernd ist, wird schon viel gewonnen sein. Die Landesversammlung der Deutschen Partei brachte weniger ungewöhnliche Aufklärung über Stellung und Absichten dieser Partei, als die demokratische Landesversammlung über die Stellung der Volkspartei gebracht hat. Man hat andauernd den Eindruck, als ob die Deutsche Partei immer noch auf eine schließliche Aussöhnung mit den Agrariern und Konservativen hoffe und deshalb gewisse Rücksichten auf diese reaktionären Elemente nehme. Auch Agramm hatarrapatorischen Elementen gegenüber glaubt man offenbar einige Rücksichten schuldig zu sein; wenigstens geschieht es wohl ihnen zu lieb, wenn jetzt schon wiederholt gewisse Widersprüche mit dem nationalliberalen Wahlauftrag nicht geäußert wurden. Im Uebrigen ließ auch die Versammlung der Deutschen Partei erkennen, daß man bemüht war, den im Laufe des Sommers angebahnten Parteibeziehungen Rechnung zu tragen. War diese Versammlung den Einigungsbestrebungen auch nicht direkt förderlich, so war sie ihnen wenigstens auch nicht direkt hinderlich. Für's Meist wurde die Parole ausgegeben, daß die Regierung sich von der Zentrumsherrschaft emanzipieren müsse. Gleichzeitig aber verlangte das Zentrum in Ravensburg vernehmlichen Einfluß, namentlich auf die Schule! Etwas geistig arbeitsloser als diesen „Parteitag des württ. Zentrums“ kann man sich nur schwer denken. Kein einziger neuer Gedanke, der den modernen Bedürfnissen nach Fortschritt und Verbesserung gerecht würde! Mit den Nebenarten und den Aufschwüngen vergangener Jahrhunderte und überlebter Zeiten will das Zentrum seine Politik des 20. Jahrhunderts begründen! Im Reichstagsreferat steht vorne dran — das kirchenpolitische Gebiet! Die Vereinfachung der Jesuitenlöcher, nicht nur der Angehörigen dieses Ordens! Das ist ja das Wichtigste, was der deutsche Bürger in der Zeit neuer Heereslasten und neuer Steuern und neuer Steuern und neuer Postlasten in Bezug auf die Reichspolitik geltend zu machen hat! Vanz kommt der Intoleranz, wollen sagen der „Toleranzantrag“, und schließlich werden agrarische Töne angeschlagen. Dann heißt's aber gleich wieder: Das Reich und sogar die Pflicht der katholischen Christenheit zum Volkstieren! Und bei der Verfassungs-Revision und der Schulfrage stehen auch die herrlichen Sonderinteressen obenan: Man bezeugt dem evangelischen Grafen Ventind für seine Abstimmung in der Schulfrage „hohe Ehre“ und beschließt in einer Resolution eine „Verwahrung“ gegen eine Verfassungsrevision, die einer fortschrittlichen Schulpolitik die Wege ebnen würde! Die durch die herrlichen Agitatoren zusammengebrachte starke Versammlung wird „für eine nicht mißzuverstehende Antwort an die Gegner in der Protestbewegung und nach Stuttgart“ erklärt. Hoffentlich erhält das Zentrum dadurch, daß die Verfassungsrevision trotz seiner Gegenbestrebungen gemacht wird, eine noch weniger „mißzuverstehende Antwort“!

Ueber den Zusammenschluß der Linken

fährte Bayer auf der Stuttgarter Landesversammlung der Volkspartei aus:

Der Zusammenschluß der Linken, den die Heilbronner Resolution fordert, ist zwar nicht in der Schnelligkeit ins Leben getreten, wie manche Optimisten sich vorgestellt hatten; der Gedanke selbst aber hat doch recht erfreuliche Fortschritte gemacht, so er zeigt vielfach gesunde Ansätze und Anfänge seiner Verwirklichung. Es haben bei den verschiedenartigsten Anlässen Unterverbände und einzelne Gruppen der demokratischen, der freisinnigen und der nationalsozialen Partei von sich aus nicht nur unter einander Fühlung zum Zusammenwirken in einzelnen Fragen genommen, sondern sie haben sich hier und da auch bis auf weiteres zum Schutz und Trutz verbunden.

Ja sogar die Frage, die ursprünglich am zweifelhaftesten erschien, inwieweit an eine Mitwirkung der Nationalliberalen gedacht werden könne, hat sich praktisch wenigstens zum Teil rascher und besser, als man erwarten dürfte, gelöst. Was in Württemberg noch nicht erhört worden ist, trat beispielsweise ein: in zahlreichen Versammlungen und Erklärungen sind diesen Sommer die Vertreter der Deutschen und der Volkspartei neben einander, sich unterstützend und planmäßig dasselbe

Ziel verfolgend aufgetreten, in Baden haben sich beide Parteien für die bevorstehenden Wahlen zu gegenseitiger Unterstützung zusammengefunden, in Bayern scheint sich eine ähnliche Entwicklung vorzubereiten. Derartige gemeinsamer Arbeit möchte ich eine größere und dauerndere Bedeutung beimessen als allen, im voraus die Schablone für alles festzustellen versuchenden Anordnungen der Zentralleitungen. Das Bedürfnis des Zusammenschlusses des ganzen liberalen Bürgertums ist vorhanden und es wird sich von Stufe zu Stufe zu seiner Verwirklichung so sicher durchringen, wie das auf anderen Gebieten des menschlichen Lebens geschieht: was mit Fusionen, Kartellen und Syndikaten den Industriellen und Kaufleuten möglich ist, was sogar die deutschen Eisenbahnen versuchen, muß den Politikern, die doch auch nicht dämmern sein wollen als Andere, am Ende doch auch gelingen. Im Ubrigen haben die Nationalliberalen viel in der Hand: es ist nicht Zufall, entspricht vielmehr einer wenn auch sehr verspäteten Einsicht in die Lebensbedürfnisse ihrer Partei, wenn sie jetzt, wenigstens in Süddeutschland, mit einem hörbaren Ruck sich der Linken zuwenden versuchen. Von ihrem Willen und ihrer Kraft, ihre guten Vorsätze festzuhalten, wird es abhängen, ob die freiheitlichen Parteien sie im Kampfe für die Bedeutung des deutschen Bürgertums als zuverlässige Bundesgenossen dauernd betrachten können oder nicht. (Lebhafte Zustimmung.)

Sehr klärend und den Gedanken des Zusammenschlusses der bürgerlichen Linken fördernd, hat, wie schon mehrfach betont wurde, die Haltung der Sozialdemokraten gewirkt. Wir waren's gewöhnt noch von der Zeit her, da sie politisch entrechtet waren, ihnen viel durch die Finger zu sehen, wie man Verfolgten gegenüber stets nachsichtig sein soll. Seit einigen Jahren aber ist mit ihnen kein Auskommen mehr: ihre Erfolge — bei den Wahlen nämlich, die anderen sollen erst kommen (Große Heiterkeit) — sind ihnen zu Kopf gestiegen: mit dem Uebermut des Stimmprojekts tritt ihre Pflöcke den anderen freiheitlichen Parteien gegenüber; die Art, in der sie neuerdings sachlich berechtigte, von der übrigen Linken vertretene Forderungen geföhden, nur um einen dankbaren Agitationsstoff und damit mehr Stimmen zu erhalten; die gehässige Weise, mit der sie auch da, wo sachlich eigentlich Uebereinstimmung herrscht, die Vertreter der bürgerlichen Linken, unbekümmert um die Folgen für die ganze freiheitliche Entwicklung, persönlich herabzuwürdigen suchen, um deren Anhänger für sich zu gewinnen, macht zur Zeit ein Zusammenarbeiten mit ihnen unmöglich, soweit es sich nicht um die Erledigung bestimmter einzelner Fragen handelt. Wollen sie verhindern, daß der Zusammenschluß der Linken nicht eine, ursprünglich sicherlich nicht beabsichtigte Spitze gegen sie annehme, so müßten sie mehr als bisher und allgemeiner lernen, sachlich zu arbeiten und in den landesüblichen Formen mit den benachbarten Parteien zu verkehren. (Stürmischer Beifall.)

Doch sie wollen das nicht, sie wünschen gar nicht, mit anderen zusammenzuarbeiten, sie sind sich selbst genug und an Anregung unter sich selbst fehlt es ihnen ja bekanntlich auch nicht. (Heiterkeit.)

Wir bedauern das im Interesse der Sache und müssen eben abwarten, bis die Verhältnisse und eigene Einsicht ein besseres lehren, in uns wird sie stets überzeugte loyale Gegner finden, Todfeinde nie. Um so mehr drängt sich für uns die Sorge dafür in den Vordergrund, daß die Vertreter der bürgerlichen freiheitlichen Parteien einerseits und die Vertreter des liberalen Bürgertums andererseits sich fernerhin nicht zerfleischen, sondern sich, soweit möglich, in die Hand arbeiten. Kein Teil der Bevölkerung im ganzen Reich ist politisch — und nicht ohne eigene Schuld — von früherer berechtigter Bedeutung so schmerzlich herabgesunken, wie das deutsche Bürgertum. Raffen sich nun in letzter Stunde dessen nicht der politischen oder konfessionellen Reaktion verfallenen Elemente auf, um durch gemeinsame Arbeit und gemeinsamen Kampf dem Bürgertum die Stellung wieder zu verschaffen, die ihm gebührt und die dem Vaterlande frommt. — wofür, die schwäbische Volkspartei, des Kampfes und der Arbeit gewohnt wie kaum eine andere, sie wird dabei ihren Mann zu stellen wissen. (Vongehaltender stürmischer Beifall.)

Wahlbündnisse in Bayern.

D. C. Nürnberg, 8. Jan.

Die gestern und heute hier abgehaltene Landesversammlung der Deutschen Volkspartei galt der Stellungnahme zu den im Frühjahr kommenden Landtagswahlen. Ueber das Ergebnis der am 18. Dez. zwischen Vertretern sämtlicher liberalen Parteien erfolgten Beratungen referierte Professor Duidde-München und Landtagsabgeordneter Köhl-Würzburg. Dann wurde nach mehrstündiger Debatte durch die mit fast allen Stimmen angenommene Resolution ein „Wahlprogramm und ein Wahlauftrag der vereinigten Liberalen und Demokraten Bayerns“, gutgeheißen unter dem Vorbehalt der Streichung einer gegen die Sozialdemokratie gerichteten Wendung im Wahlauftrag, sowie die Eindämmung voller Freiheit für die Demokratie in den Einzelwahlkreisen bei den Kandidaturausstellungen und der Wahlagitatio. Dies war das Ergebnis der ersten Sitzung. Inzwischen waren diese beiden Bedingungen von den übrigen Parteien angenommen worden, so daß Professor Duidde den damit erfolgten Vollzug der Wahlvereinbarung verkünden konnte. Gemäß übereinstimmenden Beschlüssen der beteiligten Parteien (Deutsche Volkspartei, Deutschfreimüthige Partei, Nationalsoziale Partei, Jungliberaler Verband, Nationalliberale Partei, liberale Kammerfraktion und schwäbisch-liberaler Kreisverband) sollen das gemeinsame Programm und der gemeinsame Aufruf sofort publiziert werden. Die Landesversammlung beauftragte den Engeren Landesauschuß, dazu eine erklärende Kundgebung zu erlassen.

Der gemeinsame Wahlauftrag fordert u. a. Schaffung eines Landtags-Wahlgesetzes auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, wenn möglich nach dem Grundsatz der Verhältniswahl. Zeitgemähere Zusammenziehung der Ersten Kammer, Volkständige Glaubens- und Gewissensfreiheit; Unbeschränktheit der religiösen Meinungsäußerung unter Erziehung der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, zu konfessioneller Toleranz, ungeschmälerte Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Staatshoheit auf kirchenpolitischen Gebieten und Abwehr jeglicher kirchlicher Eingriffe in diese, besonders in Schuttwesen, daher entschiedene Bekämpfung des Mißbrauchs der Religion zu politischen Zwecken. — Verstaatlichung der Volksschule unter Gewährung größerer Selbstverwaltungsrechte an schulfremdliche Gemeinden, mit Unentgeltlichkeit des Unterrichts und des Lehrmittels auf Staatskosten, Schaffung eines umfassenden, allgemeinen, auf freierwilliger Grundlage beruhenden Schulgesetzes zur Hebung der Volksschule, der Volksbildung und der rechtlichen und sozialen Stellung der Lehrerschaft. — Freie Entwicklung der Simultan- und allgemeinen Schulpflicht und Trennung des niederen Kirchendienstes vom Schuldienst. — Verbütung und Erleichterung der Benutzung aller Verkehrsmittel. Befreiung des schädlichen Wettbewerbes der deutschen Einzelstaaten in der Eisenbahnpolitik, Herbeiführung der Betriebsmittelgemeinschaft für sämtliche deutsche Eisenbahnen, wesentliche Erweiterung des Vororts- und Sonntagsverkehrs. — Für die Arbeiterschaft wird proklamiert: Ausbau der sozialen Einrichtungen auf dem Boden der Arbeitergesetzgebung des Reiches, insbesondere: Sicherung und Ausbau des Koalitionsrechtes für alle Arbeiter, Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Arbeiterkammern, Gesetzliche Festlegung des zehnstündigen Maximalarbeits-tages für die industriellen Betriebe, Förderung der Tariftgemeinschaften zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Vereinfachung der Versicherungs-gesetzgebung, Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente, Witwen- und Waisenversicherung, Panvolle Durchführung des Arbeitsnachweises und der Wohnungsfürsorge in Staat und Gemeinde; dann der Fabrik- und Gewerbeinspektion unter Vermehrung der weiblichen Hilfsbeamten und unter Beiziehung von Gehilfen aus dem Arbeiterstande, Staatliche Förderung der Arbeitslosenfürsorge, müßergütige Arbeits- und Lohnverhältnisse in öffentlichen Betrieben, Berücksichtigung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei Vergabung öffentlicher Arbeiten, Zeitgehende Berücksichtigung der Sonntagsruhe in allen Zweigen der Staatsverwaltung, Regelung der Urlaubsverhältnisse von Beamten, Bediensteten und Arbeitern, Schaffung staatlicher Rechtsauskunftsstellen für Arbeitermittellose.

Dieser freiwirtschaftlichen Wahlkoalition treten — Zentrum und Sozialdemokratie als Wahlverbündete gegenüber!!

Die Lage im Ruhrrevier.

Ein Teil der Bergarbeiterschaft des Ruhrreviers ist in eine Streikbewegung eingetreten. Der Streik auf Zeche Bruchstraße hat zum unmittelbaren Anlaß eine Differenz über die Seilfahrt, d. h. über die Ein- und Ausfahrtszeit der Grubenarbeiter. Nach dem großen Bergarbeiterstreik von 1889 wurde in das Berliner Protokoll die Bestimmung aufgenommen, daß die Seilfahrt in der Regel nicht mehr als eine halbe Stunde betragen solle. Das wird aber schon lange nicht mehr beachtet. Die im Bergbau hervortretende Tendenz, die Förderung auf die leistungsfähigsten Schächte zu übertragen und die minder rentablen entweder stillzulegen oder ihre Förderung mehr oder minder einzuschränken, hat dazu geführt, daß auf vielen rentablen Zechen die Belegschaft beträchtlich gewachsen, auf den minder ergiebigen hingegen zurückgegangen ist. Die Folge war, daß auf Zechen, auf denen die Belegschaft zunahm, die Seilfahrtdauer verlängert wurde, da die vorhandenen Einrichtungen zu schnellerer Hinunterbeförderung nicht reichten. Die Arbeiter von Zeche Bruchstraße wollten nun die Verlängerung der Seilfahrt nicht ruhig hinnehmen, und daher der Streik. Wenn

es dabei bliebe, so wäre das Ganze nicht gerade erschreckend, wenn auch sicherlich bedauerlich. Aber das Gefährliche liegt darin, daß die Bergarbeiterbevölkerung des Ruhrreviers überhaupt bereits seit langem in starker Fäulnis ist und es daher bei der ersten Gelegenheit zu einem Massenstreik kommen kann.

Die dortigen Bergwerksunternehmer haben es nicht verstanden, den neuzeitlichen sozialpolitischen Ideen Rechnung zu tragen. Ihre Beamten glauben, den Arbeitern durch besondere Schneidigkeit imponieren zu müssen, und wo einheimische Arbeiter mißliebiger werden, ersetzt man sie einfach durch gefügige Polen. So hat sich langsam mehr und mehr ein großes Maß von Erbitterung in der westfälischen Bergarbeiterschaft angesammelt, das sich Luft machen will. Und da ist es eben die alte Geschichte: wo ein Pulverfaß ist, genügt ein Funke!

Politische Rundschau.

Hessen. Abgelehnt hat der Großherzog ein Hochzeitsgeschenk der Darmstädter Behörden, das dem Großherzog anlässlich seiner Hochzeit am 2. Febr. ds. J. überreicht werden sollte.

Deutschland. „Evangelische Vereinigung“. Die „National-Zeitung“ veröffentlicht den Entwurf einer programmatischen Erklärung, mit der die evangelische Vereinigung (kirchliche Mittelpartei) hervortreten beabsichtigt. Im Entwurf heißt es: Wir scheiden uns einerseits von denen, die den Inhalt des evangelischen Glaubens an einmal gegebene Formen und Formeln gebunden erachten, andererseits von denen, welche in Glaubensausagen früherer Jahrhunderte nur ein belastendes Erbe der Vergangenheit sehen. Wir treten für eine Kirchenverwaltung ein, welche die Selbständigkeit des evangelischen Pfarramts zu voller Geltung kommen läßt. Wir halten jede rechtliche Einschränkung der Freiheit der theologischen Lehre im eigenen Interesse der evangelischen Kirche für ausgeschlossen, widersprechen namentlich der Beteiligung des Generalsynodalvorstandes an der Berufung der Professoren. Die sogenannten Lehrprozesse der Geistlichen dürfen nicht im Rahmen des gewöhnlichen Disziplinarverfahrens entschieden werden; vielmehr ist ein selbständiges Verfahren zu erstreben, wonach Geistliche ihres Amtes entbunden werden können, ohne daß ein sittlicher Makel auf sie fällt. Unsere Abgrenzung gegen die römische Kirche suchen wir nicht durch Angriffe festzustellen, sondern durch positive evangelische Arbeit, namentlich durch die Bekämpfung alles katholischen Wesens innerhalb unserer eigenen Kirche.

— Der Ausstand im Ruhrgebiet. Auf der Zeche Kaiserstuhl Schacht 2 ist die Belegschaft ohne Angabe eines Grundes in den Ausstand getreten. Falls der Streik andauert, wird die gesamte Arbeiterschaft von über 7000 Leuten auf längere Zeit ausgesperrt.

§ Ruhrgebiet, 10. Jan. Die Streikbewegung hat viel rascher um sich gegriffen, als erwartet wurde. Im Bezirk Dortmund streiken schon 10.000 Mann. Eine weitere Ausdehnung des Streiks ist zu erwarten. Die organisierte Arbeiterschaft beschloß ein gemeinsames Vorgehen.

Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 10. Jan. Ueber weitere Punkte ist mit den österreichisch-ungarischen Handelsvertragsunterhändlern eine Einigung erzielt worden. Der glückliche Abschluß der Vertragsverhandlungen wird in wenigen Tagen erwartet.

Rußland. Für den Wiederaufbau der Flotte ist vorläufig die Summe von fast 500 Millionen Rubel frei gemacht und es sind bereits große Bestellungen in Deutschland, Italien und Frankreich vollzogen worden.

Aus den Kolonien.

Berlin, 9. Jan. Der Bisgouverneur Berg der Kolonien hat mit Unterstützung des Kriegsschiffes Condor die Inseln friedlich ganz erzwungen. Den Eingeborenen wurden 436 Gewehre und 2531 Patronen abgenommen.

Paris, 9. Jan. Japanesenfurcht. Das Echo de Paris erklärt, es besitze den dokumentarischen Nachweis, daß Japan einen Anschlag gegen das französische Hinterindien beabsichtige.

Die Hüller Untersuchungskommission.

Paris, 9. Jan. Die Kommission trat heute zusammen. Admiral Fourrier wurde zum Präsidenten gewählt. Es wurde beschlossen, die Verhandlungen vor der Öffentlichkeit vorzunehmen.

Jur Lage in Marokko.

Paris, 9. Jan. Der französische Gesandte in Tanger wird am 1. Februar nach Fez abreisen. Die Mission wird von 500 Reitern eskortiert werden. Die Aufgabe des Gesandten wird eine sehr schwierige sein und wenn auch der Sultan eine sehr verständliche Einstellung an den Tag legt, so sei doch unlegbar, daß die marokkanische Bevölkerung sehr erregt sei. Der Gesandte habe die Weisung erhalten, vor allem die Mittel zur Herstellung der Ordnung und Sicherheit in den größten Plätzen und besonders in den Häfen zu verlangen und werde zu diesem Zweck die Umgestaltung und die Verstärkung der marokkanischen Gendarmerie vorschlagen.

Der Kolonialkrieg in Südwestafrika.

Berlin, 9. Jan. Major Meißner meldet, daß er am 2., 3. und 4. Januar gegen Hendrik Witbooi, die rote Nation unter Manasse, die Karrosleute, die Beldschöndrager unter Friedrich Maharero gefochten hat. Der Feind verlor mindestens 80 Tote. Der Sieg konnte wegen Mangels an Munition nicht voll ausgenutzt werden. Meißner erreichte daher am 6. Januar wieder die einzige ergiebige Wasserstelle, Stammersfontein, um sich dort zu ergänzen. Sobald dies geschehen, soll er die Vereinigung mit Teinling, Ritter und Lengertle anstreben.

Die deutschen Verluste in dem letzten 50stündigen Gefecht bei Groß Nabaß sollen nach einem Bericht sehr bedeutend sein, nämlich 5 Offiziere und 50 Mann.

Vom östasiatischen Krieg.

General Stössel, 7 andere Generale und 4 Admirale gaben ihr Ehrenwort, in dem gegenwärtigen Kriege nicht mehr gegen Japan zu kämpfen. General Stössel reiste nach Petersburg ab. Die Kranken in Port Arthur sind außer sich vor Freude, über die endliche Aufhebung der Belagerung. In Port Arthur wird vorläufig nur eine geringe Garnison zurückbleiben. Die Japaner beabsichtigen angeblich, aus Port Arthur eine bedeutende Flottenstation zu machen. In Tokio verlautet, daß demnächst eine vierte innere Anleihe in Höhe von 100 Millionen Yen unter den gleichen Bedingungen wie die dritte Anleihe zur Aufnahme gelangen soll.

Tokio, 10. Jan. Das Marineamt spricht sein Bedauern über die Abfertigung des englischen Kreuzers „Andromeda“ in Port Arthur aus. Die englische Regierung habe die japanische von der Absicht der Andromeda, Proviant und Verbandszeug zu bringen, zu spät verständigt, so daß der Kommandant von Port Arthur die „Andromeda“ auf Grund seiner allgemeinen Instruktion abwarf.

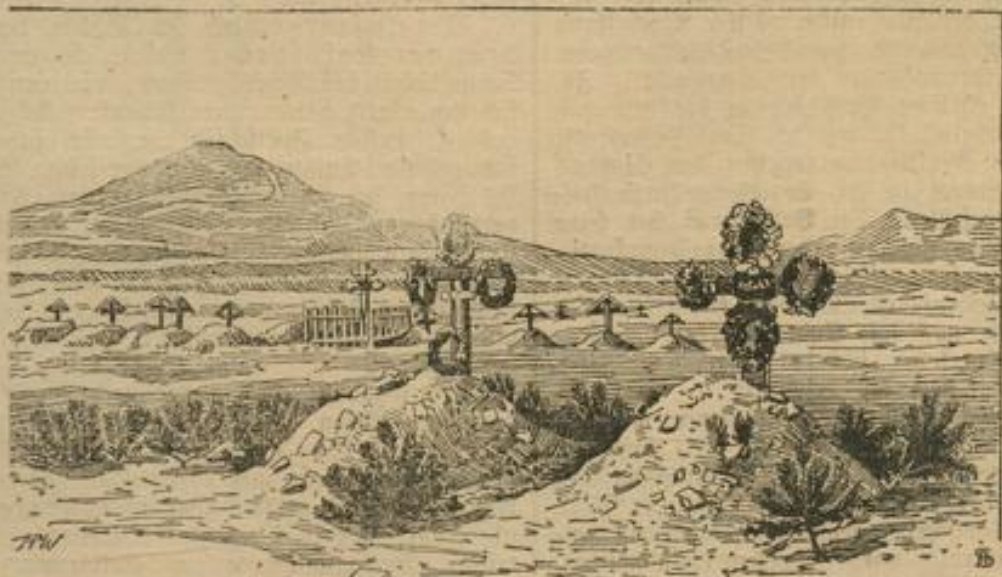
Petersburg, 9. Jan. Zwischen dem 28. Jan. und dem 2. Febr. verlassen, um sich mit dem Geschwader des Admirals Roschdjestwenski zu vereinigen, den Hafen von Libau: das Linienschiff Imperator Nikolai I., der Küstenpanzer Generaladmiral Apraxin, Admiral Sjenjavin, Admiral Ushakov und der Panzerkreuzer Wladimir Mossjow.

Mukden, 9. Jan. Russ. Tel.-Ag. Neue japanische Truppenabteilungen treffen von Süden kommend ein, die hauptsächlich dazu dienen sollten, die Besatzungen von Liaojang und Jentai, sowie von anderen besetzten Stellungen zu verstärken. Die Japaner sollen seit dem 18. Okt. mehr als 3000 Mann verloren haben. Auf Seiten der Russen sind 7 Offiziere und 183 Mann gefallen, sowie 44 Offiziere und 1032 Gemeine verwundet worden.

Berlin, 9. Jan. Mit der Hamburg-Amerika-Linie werden angeblich Verhandlungen gepflogen, wonach diese Gesellschaft eines ihrer besten Schiffe nach Port Arthur sendet, um eine schnelle Ueberführung der Verwundeten nach Kiautschou zu veranlassen, wo bereits die deutschen Hospitäler zu ihrer Aufnahme in Stand gesetzt werden. Das Schiff soll in den Dienst des Roten Kreuzes gestellt werden.

Nagasaki, 9. Jan. Tausend verwundete Russen aus Port Arthur sind hier eingetroffen.

Tokio, 9. Jan. Man glaubt, daß der Gesamtverlust der Russen in Port Arthur ungefähr 25.000 Mann beträgt.



Port Arthur: Der Kirchhof mit dem Fort Kikwan im Hintergrund.